

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Susanne Ferschl, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Jan Korte, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Andreas Wagner und der Fraktion DIE LINKE.

Abrüsten statt Aufrüsten – US-Atomwaffen aus Deutschland abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Trotz Corona-Pandemie und damit einhergehender Wirtschaftskrise hat die Aufrüstung in Deutschland und weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Die Ausgaben für Rüstung und Militär beliefen sich dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London zufolge 2020 global auf insgesamt 1,8 Billionen Dollar (1,5 Billionen Euro). Die USA allein haben knapp drei Mal so viel Geld für Aufrüstung ausgegeben wie ihre großen Rivalen China und Russland zusammen. Mit 738 Milliarden US-Dollar lag das Budget des größten NATO-Landes fast vier Mal höher als das von China (193,3 Milliarden Dollar) und sogar mehr als zwölf Mal höher als das von Russland (60,6 Milliarden Dollar). Unter den europäischen NATO-Ländern geben laut IISS Deutschland mit einem Wehretat von 51,3 Milliarden Dollar, Großbritannien (61,5 Milliarden Dollar) und Frankreich mit 55 Milliarden Dollar allein fast drei Mal so viel aus Russland.

Im Haushaltsjahr 2021 liegt der deutsche Militäretat bei 46,93 Milliarden Euro, das sind noch einmal 2,8 Prozent mehr als im ersten Corona-Jahr 2020. Nach NATO-Kriterien hat die Bundesregierung für das laufende Jahr sogar die neue Rekordsumme von 53,03 Milliarden Euro gemeldet. Die so genannte NATO-Quote, der Anteil der Ausgaben für Rüstung und Militär am Bruttoinlandsprodukt, lag für das vergangene Jahr bei 1,57 Prozent. Die Bundesregierung von CDU, CSU und SPD hält ungeachtet der Corona-Pandemie an einer Hochrüstung auf 2 Prozent des BIP fest.

Zu den großen militärischen Aufrüstungsprojekten des Verteidigungsministeriums gehört die Beschaffung von 38 atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen vom Typ „Eurofighter“ des europäischen Rüstungskonzerns Airbus für die Luftwaffe in einem Kostenumfang von rund 5,5 Milliarden Euro. Für die Zeit nach der Bundestagswahl ist die Anschaffung weiterer Atombomber geplant, darunter 45 F-18-Kampffjets der US-Waffenschmiede Boeing. Damit soll der Fortbestand der nuklearen Teilhabe in der NATO abgesichert werden, d.h. der Zugriff auf in

Deutschland gelagerte US-Atombomben nach Zustimmung durch die US-Regierung. Dies konterkariert den internationalen Vertrag für das Verbot von Atomwaffen, dessen Inkrafttreten am 22. Januar 2021 ein historischer Erfolg der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Organisation ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen).

Der Deutsche Bundestag bekräftigt in Erinnerung an seinen am 26. März 2010 fraktionsübergreifend gefassten Beschluss (17/1159) nach Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland die Haltung von UN-Generalsekretär António Guterres anlässlich des 75. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima nach einer vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen als nukleare Abrüstungsmaxime, da nur eine komplette Eliminierung der Atomwaffen das Risiko eines erneuten Einsatzes aus der Welt schaffen kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem NATO-Aufrüstungsziel in Höhe von 2 Prozent des BIP eine Absage zu erteilen, das Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zu stoppen und umzukehren sowie die dadurch freiwerdende Mittel in Milliardenhöhe in den Bereich Bildung und Gesundheit zu investieren;
2. dem Atomwaffenverbotsvertrag als internationalem Abrüstungsvertrag beizutreten, die nukleare Teilhabe in der NATO zu beenden und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland umgehend in die Wege einzuleiten.

Berlin, den 18. Mai 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.